

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 27. Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen (B/027/2018)

am Mittwoch, 12. Dezember 2018,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Beate Kursitza-Graf

Bürgerfraktion

Jan Kaboth

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Anja Apel

Dr. Peter Müller

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Regina Möhr

Birgitt Prella

Andree Reininger

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Silvana Wendt

Dr. Cornelia Hähne

Markus Ebert

Jens Genschmar

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Stephan Fischer

nicht stimmberechtigte Mitglieder

Harald Gehring

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Manuela Scharf

Verwaltung:

Frau Regel
Frau Wyzisk
Herr Dr. Blocher

Büro der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen
Sozialamt
Amtsleiter Bürgermeisteramt

Schriftführer/-in:

Frau Gertig

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1** Kontrolle über die Festlegungen der vergangenen Sitzung
- 2** Projektvorstellung QUABIS
- 3** Berichterstattung der Beauftragten für Menschen mit Behinderung
- 4** Themenplanung für das Jahr 2019
- 5** ab 18:30 Uhr
Teilnahme des Oberbürgermeisters
- Beratung zu inhaltlichen Schwerpunkten und Zielen
- 6** Sonstiges

nicht öffentlich

- 7** Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Frau Kursitza-Graf stellt dir form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen fest.

Sie teilt den Mitgliedern mit, dass Herr Oberbürgermeister Hilbert aufgrund einer Sondersitzung des Finanzausschusses leider nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen könne. Der Tagesordnungspunkt 5 wird daher gestrichen. Alle Fragen werden im Nachgang schriftlich beantwortet.

Es gibt keine Anmerkungen seitens der Mitglieder. Frau Kursitza-Graf eröffnet und leitet die Sitzung.

1 Kontrolle über die Festlegungen der vergangenen Sitzung

Frau Kursitza-Graf berichtet hinsichtlich der Festlegung der Neuformulierung der Schulnetzplanung zum Thema Autismus, dass dies in der Schulnetzplanung übernommen werde.

Des Weiteren wurden in der vergangenen Sitzung zwei Beschlussempfehlungen abgegeben. Zum einen der Änderungsvorschlag zur Fußgängerquerung Langer Weg und zum anderen zur Vorlage Kultur- und Nachbarschaftszentrum vor Ort.

Frau Stadträtin Apel informiert, dass die Bitte um Tonanlagen ‚Langer Weg‘ aufgenommen und diesem Vorschlag zugestimmt wurde. Zur Vorlage Kultur- und Nachbarschaftszentrum vor Ort wurde im Kulturausschuss bereits die barrierefreie Nutzbarkeit ergänzt.

Herr Dr. Müller fragt nach, warum die Zukunftsstadt nicht im Budget des Sozialamtes verankert ist. Er bittet um ein OB Schreiben inwieweit im Doppelhaushalt 2019/2020 die behindertenspezifischen Belange für das Zukunftsstadtbüro enthalten sind.

Frau Kursitza-Graf erläutert, dass dies bereits als Festlegung aufgenommen wurde und beantwortet werde.

Frau Wyzisk berichtet aus dem Sozialamt, dass die Finanzierung für den MOSE-Begleitdienst im Haushalt verankert sei. Der Beschluss dazu sei Teil des Dresden-Passes, dieser wurde um die Leistung des Begleitdienstes erweitert. Dresden-Pass-Inhaber können diesen Dienst kostenfrei nutzen, ohne Dresden Pass werde pro Einsatz drei Euro berechnet.

Für die Wohnungsanpassungsmaßnahmen wurden im Stadtplanungsamt, Wohnungsbauförderung, für das Jahr 2019, 190 TEUR veranschlagt und im folgenden Jahr 150 TEUR.

Des Weiteren berichtet sie hinsichtlich der neuen Regelungen im Bundesteilhabegesetz, dass die überörtlichen Sozialhilfeträger über die Sozialumlage aller Landkreise und kreisfreien Städte finanziert werde.

Die Landeshauptstadt Dresden sei dabei mit einer Sozialumlage von 82 Mio. Euro im Jahr 2018 beteiligt. Aufgrund des Bundesteilhabegesetzes wird die Sozialumlage 2019 nicht steigen, da das Land eine Direktzuweisung an den kommunalen Sozialverband leite. Aufgrund einer Gesetzesänderung auf Landesebene im SGB IX wurde ein Eingliederungshilfeträger festgelegt. Dies seien der KSV und die örtlichen Sozialämter, deren Zuständigkeiten ebenfalls auf Landesebene geregelt wurden. So sei das Sozialamt rückwirkend ab 2018 für Wohnungslose z. B. durch ambulant betreutes Wohnen zuständig. Auch bei der Hilfe zur Pflege habe es Änderungen gegeben, Sozialhilfeträger können erst ab dem 67. Lebensjahr zuständig sein. Bisher war dies bereits ab dem 65. Lebensjahr möglich. Das Sozialamt wird zukünftig nicht mehr für Leistungen der Eingliederungshilfe über dem 65. Lebensjahr zuständig sein. Diese neuen Zuständigkeiten haben zu Fallverschiebungen bei örtlichen und überörtlichen Hilfeträgern geführt. Daher erhält die LHD einen Ausgleich bis zum Jahr 2023.

Aufgrund des neuen Bundesteilhabegesetzes gebe es im Sozialamt Mehrkosten und einen Mehrbedarf an Personal.

Des Weiteren informiert sie über das Produkt der ‚Wohlfahrtspflege‘, da werde gegenwärtig an einer Vorlage gearbeitet. Die Untersetzung des Produktes ‚Träger der Wohlfahrtspflege‘ wird dem Ausschuss für Soziales und Wohnen vorgelegt. Dabei sei ein Budget von 5,2 Mio. Euro geplant.

Herr Dr. Blocher erläutert hinsichtlich der Rückfrage von Herrn Dr. Müller, dass die Belange für Menschen mit Behinderungen bei der Bewerbung der Zukunftsstadt Dresden keinen expliziten Gegenstand darstellen. So gebe es keine Projekte, die gezielt darauf abstellen. Dennoch sollte bei zukünftigen Projekten auch die Belange der Menschen mit Behinderungen einbezogen werden. Dies könne im Beirat beraten und gefördert werden.

Herr Dr. Müller weist darauf hin, dass im vergangenen Jahr eine Anfrage dazu gestellt worden sei. So habe man überlegt, Menschen mit Behinderungen die Teilnahme am Projekt zu ermöglichen. Informationen und Teilnahme am Projekt Zukunftsstadt seien nicht barrierefrei für Menschen mit Behinderungen zugänglich. Damit werden Menschen mit Behinderungen ausgeschlossen, was er sehr kritisiere.

Herr Dr. Blocher erklärt, dass dieses Projekt sei weit gefächert sei. So wurde die Zukunftsbahn durchgeführt, die auch barrierefrei zugänglich sei. Barrieren hinsichtlich der Rahmenbedingungen des Fördermittelgebers seien innerhalb der Verwaltung nicht bekannt.

Frau Kursitza-Graf ergänzt, dass man damals nahegelegt habe, für dieses Projekt die Kommunikationsoffensive zu nutzen, so zum Beispiel mit einem Dolmetscher oder barrierefreien Dokumenten.

Herr Dr. Blocher erläutert, dass die 300.000 EUR zur Umsetzung des Projektes und auch weiterhin fortzuführen. Dabei könne man zukünftig ein Projekt wählen, welches sich auf die Belange von Menschen mit Behinderungen fokussiert.

Frau Scharf berichtet, dass dieses Projekt alle Menschen anspreche, daher müsse man kein Projekt explizit nur für Menschen mit Behinderungen wählen. Wichtig sei die Zugänglichkeit der

Dokumente. Man müsse die Hürden zukünftig abbauen und dafür die 300.000 EUR verwenden. Barrierefreiheit müsse generell stabilisiert werden.

Herr Dr. Blocher sichert zu, dass in den kommenden Workshops ein Gebärdedolmetscher anwesend sein werde, um die Barrierefreiheit zu stabilisieren.

Herr Dr. Müller erläutert, dass die Organisation des Prozesses eine Barriere für Menschen mit Behinderungen darstelle. Sich selbst an einem Projekt zu beteiligen sei für eine ehrenamtliche Tätigkeit schwer zu leisten. Vielmehr müsse man Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit geben sich an bereits vorhandenen Projekten im Internet besser beteiligen zu können. Beispielsweise sei eine Assistenz eine gute Möglichkeit Menschen mit Behinderungen besser am Prozess teilhaben zu lassen. Dafür seien jedoch im Haushalt bisher keine Mittel zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Blocher versichert, dass der Beirat die Möglichkeit habe sich in den Prozess einzubringen. Wünsche und Anmerkungen werden aufgenommen und bearbeitet.

Herr Dr. Müller bittet darum, dass bei den nächsten Haushaltsdebatten ein Budget eingeplant werde.

Frau Scharf berichtet, dass eine Summe dafür bereits eingeplant gewesen sei, diese jedoch zurückgegeben wurde.

Frau Stadträtin Apel hinterfragt, inwieweit die nicht genutzten Mittel der Kommunikationsoffensive für die nächsten Jahre zurückgestellt werden könnten.

Herr Dr. Blocher berichtet, dass nicht genutzte Restmittel an die Kämmerei zurückgegeben werden müssen. Für den nächsten Haushalt könne man in eine Überzeichnung des Budgets für die Kommunikationsoffensive gehen. Das Budget werde dann aus dem Haushalt des Oberbürgermeisters genommen. Dies bedarf jedoch der Zustimmung des Beirates.

Frau Kursitza-Graf schlägt vor, die Zukunftsstadt in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

Es gibt keine Anmerkungen seitens der Teilnehmer. Der Tagesordnungspunkt ist damit abgeschlossen.

2 Projektvorstellung QUABIS

Frau Scharf berichtet über das Projekt QUABIS.

Dieses Projekt bildet Bildungsfachkräfte aus. Menschen mit Behinderungen können dabei drei Jahre lang an der TU-Dresden 40/h in der Woche ausgebildet werden. Diese ausgebildeten Fachkräfte haben dann die Möglichkeit selbst zu unterrichten. In Dresden sollen sechs Fachkräfte ausgebildet werden, welche über Werkstätten für Menschen mit Behinderungen vermittelt werden und dabei einen ausgelagerten Arbeitsplatz erhalten. Damit laufe die Finanzierung weitestgehend über die Werkstatt.

Es liegen Bewerbungen vor, Gespräche werden zukünftig stattfinden. Die Unterstützung des Projektes sei jedoch aus ihrer Sicht weiterhin von Nöten.

Frau Kursitza-Graf ergänzt, dass dieses Projekt in Schleswig-Holstein bereits ein großer Erfolg sei.

Herr Dr. Müller fragt an, ob dies als Zukunftsstadtprojekt möglich sei.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen seitens der Mitglieder des Beirates.

3 Berichterstattung der Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Frau Scharf berichtet anhand von ausgereichten Unterlagen über die Arbeit der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. Die Übersichten werden der Niederschrift angehängt.

Für die Kommunikationsoffensive liegen bereits Anfragen für das kommende Jahr vor. Diese werden dem Beirat im März gesammelt vorgestellt und ebenfalls im Oktober erneut berichtet.

Des Weiteren stellt sie die im Anhang aufgeführte Jahresplanung vor. Unter anderem sei das Pilotprojekt der Internetseiten im Oberbürgerbereich mit Videos in Gebärdensprache und Weiteres, fast abgeschlossen. Dies sei ein erster Schritt in der Umsetzung der leichten Sprache.

Frau Kursitza-Graf hinterfragt, ob in Verbindung mit dem Wahljahr 2019 besondere Aufgaben anfallen werden.

Frau Scharf erläutert, dass man eine Fachtagung im Zusammenhang mit dem Netzwerk politische Bildung im März anbieten werde. In Vorbereitung der Parade der Vielfalt, welche im nächsten Jahr das 10-jährige Jubiläum feiert, wird ebenfalls durch ein Fachtag unterstützt. Hier steht das Thema Wahlen im Vordergrund.

Herr Dr. Blocher ergänzt, dass er während der Abwesenheit von Frau Scharf die Vertretung übernehmen werde.

Frau Stadträtin Apel bedankt sich für die übersichtliche Aufarbeitung der Jahresplanung.

Herr Dr. Müller bittet um Auskunft, ob es Menschen mit Behinderungen auf den Wahllisten im kommenden Jahr gebe. Er schlägt vor, politisch Interessierte Menschen mit Behinderungen zu ermuntern, aktiv die Politik in Dresden zu gestalten.

Des Weiteren berichtet er, dass die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Aktionsplan sehr umfangreich sei und man kaum Kapazitäten habe, sich damit ausführlich auseinanderzusetzen. Wichtig sei es aus seiner Sicht die Positionen der Betroffenen zu stärken und besser darüber zu informieren.

Frau Scharf nimmt die Anregungen mit auf. Auch sie sieht den Bedarf den Prozess zu vereinfachen. Es werde sieben Arbeitsgruppen geben, die an der Projektplanung arbeiten. Es solle ein angemessene Zeit eingeplant werden, sodass die Stadtverwaltung intern Zeit habe sich den Themen zu widmen. Im Jahre 2020 seien zwei große Beteiligungsveranstaltungen geplant. Frau Scharf schlägt vor, dass in zwei Tagesveranstaltungen, mit externer Moderation, ein Arbeitsstand erarbeitet werden könne. Die ermöglicht, dass alle gemeinsam am Aktionsplan mitwirken können. Im Nachgang dazu wird es ebenfalls ein Online-Beteiligungsverfahren geben.

Frau Kursitza-Graf fragt nach, ob die Termine Co-Work-Meeting I und II die Beteiligungsveranstaltungen darstellen.

Frau Scharf bestätigt dies.

Herr Dr. Müller regt an, die Thematik Menschen mit Behinderungen im Alter zu integrieren. Des Weiteren rät er, dass man die Bürgerbeteiligung innerhalb der Verwaltung methodisch besser strukturieren sollte. Er sieht besonders bei der Auswahl der externen Moderation Verbesserungsbedarf.

Frau Scharf stimmt dem zu und wird gezielt nach geeigneten Experten für die Moderation Ausschau halten. Dabei könne der Beirat auch einbezogen werden.

Frau Kursitza-Graf wirbt für weitere Zusammenarbeit im Rahmen des Aktionsplanes. In der Vergangenheit habe man gute Ergebnisse erzielen können.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen seitens der Mitglieder des Beirates.

4 Themenplanung für das Jahr 2019

Frau Kursitza-Graf berichtet, dass drei Termine bis zur Stadtratswahl für die Sitzung des Beirates im nächsten Jahr geplant seien. Im Januar habe man die Schwerpunkte ‚Lieblingsplätze für alle‘ sowie die Vorstellung der veränderten Kriterien für die Bewertung durch das Stadtplanungsamt. Ein weiterer Punkt ist die Definition der Inhalte für die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen im Rahmen des Projektes Zukunftsstadt Dresden.

Frau Prella stellt anhand einer Übersicht die veränderten Kriterien für die Bewertung der ‚Lieblingsplätze für alle‘ vor. Die Übersicht wird der Niederschrift angehängen. Die Liste wird in Vorbereitung der Beratung im Januar an die Mitglieder ausgereicht.

Frau Kursitza-Graf schlägt vor, in der Sitzung im März das Thema ‚Schulische Inklusion‘ zu beraten.

Herr Dr. Blocher informiert, dass der Oberbürgermeister das nächste Jahr nutze um sich intensiv mit dem Thema Bildung, Schule und Jugend zu beschäftigen. Im Herbst des kommenden Jahres wird dies beim internationalen Dresden Dialog behandelt.

Herr Dr. Müller fragt nach, ob die Thematik der Zuwanderung von Menschen mit Behinderungen im Alter für eine Behandlung in diesem Beirat geeignet sei. Des Weiteren hinterfragt er die Möglichkeit, die Zukunftsstadt im März zu behandeln.

Herr Dr. Blocher bestätigt, dass dies auch im März behandelt werden könne. Man sei seitens der Verwaltung aussagefähiger als im Januar.

Frau Stadträtin Apel bittet darum die schulische Inklusion von Kindern mit Behinderungen zu thematisieren und Frau Winkler einzuladen.

Frau Scharf berichtet, dass diese Bitte ebenfalls bei ihr eingegangen sei. Dazu solle ein Termin gemeinsam mit der Beratungsstelle und Frau Winkler stattfinden.

Frau Prella schlägt vor, die WID (Wohnen in Dresden) in den Beirat einzuladen, um über barrierefreies Wohnen zu berichten.

Frau Stadträtin Apel regt an, dies als Tagesordnungspunkt im Januar zu behandeln.

Frau Kursitza-Graf fasst zusammen, dass die WID im Januar über bereits ergriffene und zukünftig geplante Maßnahmen hinsichtlich barrierefreien Wohnens berichten solle.

Frau Scharf schlägt vor, die zentrale Wohnberatungsstelle einzubeziehen.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen seitens der Mitglieder.

5 ab 18:30 Uhr
Teilnahme des Oberbürgermeisters
- Beratung zu inhaltlichen Schwerpunkten und Zielen

Herr Dr. Blocher berichtet, dass Herr Oberbürgermeister Hilbert aufgrund einer Sondersitzung des Finanzausschusses leider nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen könne.

Es sei jedoch geplant, dass er dies im nächsten Jahr zeitnah nachholen werde.

6 Sonstiges

Frau Kursitza-Graf stellt den Aktionsplan der Sächsischen Staatsregierung in leichter Sprache den Mitgliedern zur Kenntnis zur Verfügung.

Frau Stadträtin Apel macht auf die KarriereStart Messe in Dresden aufmerksam. Bei dieser Veranstaltung wird es erstmalig eine umfassende Berufsberatung für Jugendliche mit Behinderungen geben werde.

Des Weiteren berichtet sie, dass der Aufzug an der Brühlschen Terrasse fertiggestellt sei.

Frau Scharf informiert, dass sie eine Einladung zur Regionalbeiratssitzung zur Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur Förderung ‚Wir für Sachsen‘ erhalten habe. Am 18. Januar 2019 wird es dazu eine Veranstaltung zur Auswahl der Förderprojekte geben. Da sie selbst nicht teilnehmen könne, sucht sie an dieser Stelle einen Vertreter aus dem Beirat.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen seitens der Mitglieder. **Frau Kursitza-Graf** beendet die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

Beate Kursitza-Graf
Vorsitzende

Manuela Gertig
Schriftführerin

Anja Apel
Stadträtin

Jan Kaboth
Stadtrat